

Gesagt ✓  
Getan ✓  
Gerecht ✓

SEITE 2/3

Bilanz: Regieren heißt,  
den Alltag der Menschen  
zu verbessern.  
Eine Übersicht



SEITE 4/5

Im Interview:  
SPD-Fraktionschef  
Thomas Oppermann



SEITE 6/7

Projekt Zukunft:  
#NeueGerechtigkeit

SEITE 8

SPD-Fraktion kämpft  
für verlässliche Rente

# GUTE ARBEIT

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Ausgabe 6/2016

# Gesagt. Getan. Gerecht.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat viel für die  
Menschen erreicht – und hat noch viel vor.

Die Aufgabe von Politik ist es, sich um die Menschen zu kümmern. Ihr Leben zu verbessern und ihnen den Alltag zu erleichtern. Und genau diese Ziele hat die SPD-Fraktion in den bisherigen drei Jahren in der Großen Koalition verfolgt.

„Wir haben eine ganze Menge konkrete Reformen auf den Weg gebracht, die das Leben der Menschen in Deutschland spürbar besser gemacht haben“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Für die SPD-Fraktion war dabei von Anfang an klar: Wer die Menschen unterstützen will, muss beim Thema Arbeit und gerechte Entlohnung anfangen.

### Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, dass Arbeit in Deutschland wieder einen Wert hat. Von ihm profitieren rund vier Millionen Beschäftigte. Mit Erfolg haben sich die Sozialdemokraten dafür eingesetzt, dass es heute auf dem Arbeitsmarkt wesentlich gerechter zugeht. Die Koalition hat den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen mit einem Gesetz eingedämmt, die Tarifbindung gestärkt und mit der gesetzlichen Frauenquote Qualifikation statt Geschlecht zum Kriterium für Top-Jobs gemacht. Das Lohngerechtigkeitsgesetz soll noch 2017 folgen – ein wichtiger Schritt bei der Bekämpfung der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen.

Hinzu kommen deutliche Verbesserungen in anderen Bereichen: unter anderem mehr Chancengleichheit in der Bildung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Unterstützung für Alleinerziehende und ei-



Wie gestalten wir die Zukunft? Die SPD-Fraktion führt den Dialog mit Fachleuten, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern.

ne Pflegereform, mit der die Koalition insgesamt fünf Milliarden Euro für eine bessere Pflege mobilisiert hat.

Die Grundlage für all das haben die Sozialdemokraten vor drei Jahren mit dem Koalitionsvertrag gelegt. Jetzt richten sie den Blick in die Zukunft: „Uns war damals schon klar, dass wir mit dem Koalitionsvertrag nicht alle Probleme in diesem Land werden lösen können“, sagt Thomas Oppermann. Deshalb habe die SPD-Fraktion das Projekt Zukunft „#NeueGerechtigkeit“ gestartet. In sechs Projektgruppen sind die Sozialdemokraten in den Dialog getreten: mit Fachleuten, Organisationen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern. „Wir haben dabei zunächst keine Antworten gegeben, sondern vor allem Fragen gestellt“, sagt Thomas Oppermann. Und zwar ent-

scheidende Zukunftsfragen: Wie ermöglichen wir allen Menschen die bestmögliche Bildung? Wie können wir technologische Entwicklungen und wirtschaftlichen Fortschritt so gestalten, dass sie allen nützen? Wie integrieren wir neu Eingewanderte in unsere Gesellschaft? Und wie finden wir eine Balance zwischen Beruf, Familie und gesellschaftlichem Engagement?

Die SPD-Abgeordneten hätten zugehört, gelernt und um Lösungen für die vermeintlich kleinen Dinge gerungen, sagt Thomas Oppermann. „Wir haben angeknüpft an die Alltags Sorgen der Menschen.“ Das Ergebnis sind konkrete Vorschläge und politische Konzepte, mit denen die Sozialdemokraten die Zukunft des Landes gestalten wollen. ■

### #NeueGerechtigkeit: die Projektgruppen

- #NeueZeiten: Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel
- #NeueChancen: Wertschätzung für Bildung und Arbeit
- #NeueErfolge: Vorsprung durch Innovation
- #NeuesMiteinander: Einwanderungsland Deutschland
- #NeuerZusammenhalt: Gleichwertige Lebensverhältnisse
- #NeueLebensqualität: Morgen gut leben

Mehr unter: [www.spdfraktion.de/projekt-zukunft](http://www.spdfraktion.de/projekt-zukunft)

# Regieren heißt, den Alltag der Menschen zu verbessern

Eine gerechtere Bezahlung, mehr Investitionen in Bildung, eine fortschrittliche Familienpolitik: Die SPD-Fraktion hat das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger verbessert. Eine Bilanz.



## Leistung anerkennen

**Der Erfolg unseres Landes beruht darauf, dass viele Frauen und Männer täglich ihr Bestes geben. Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet dafür, dass diese Leistung anerkannt wird.**

### Mindestlohn

Diese Anerkennung beginnt damit, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können: Seit dem 1. Januar 2015 haben volljährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Ab dem 1. Januar 2017 kann davon auch dann nicht mehr abgewichen werden, wenn ein Branchenmindestlohn-Tarifvertrag gilt. Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika.

Die Höhe des Mindestlohns überprüfen die Tarifpartner regelmäßig in der so genannten Mindestlohnkommission. Im Januar 2017 steigt der Mindestlohn erstmals auf 8,84 Euro. Klar ist: Von der Einführung des Mindestlohns haben rund vier Millionen

Beschäftigte profitiert. Für sie bedeutete seine Einführung eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 18 Prozent. Am meisten profitieren Beschäftigte in Branchen, in denen tarifliche Schutzstandards fehlen.

Das zeigt: Der Mindestlohn hat keine Jobs vernichtet. Er hat viele Jobs besser gemacht.

### Gute Tariflöhne

Dank der SPD-Fraktion können Tarifverträge jetzt leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Beschäftigte und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Arbeitgeberverbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Auch branchenweite Mindestlöhne können jetzt leichter festgelegt werden. Zudem haben die Sozialdemokraten die Tarifeinheit gestärkt und den Grundsatz „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ auf eine gesetzliche Basis gestellt, nachdem er im Jahr 2010 durch die Rechtsprechung aufgehoben worden war.

### Klare Regeln für Leiharbeit

Die Leiharbeit beschränken die Sozialdemokraten auf ihre Kernfunktion, Auftragsspitzen zu bewältigen. Wenn Leiharbeiterinnen und -arbeiter länger als 18 Monate in einem Entleihbetrieb arbeiten, müssen sie dort künftig eingestellt werden. Bereits nach neun Monaten erhalten sie Anspruch auf den gleichen Lohn wie die Stammbelegschaft. Abweichungen von diesen Fristen sind nur durch entsprechende Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen der Entleihbranche möglich. Das stärkt die Tarifbindung. Zudem müssen Unternehmen gegenüber den Betriebsräten



künftig offenlegen, wer in welchem Rechtsverhältnis und mit welcher Vergütung tätig ist. Leiharbeiterinnen und -arbeiter dürfen nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt werden. Außerdem wird es Arbeitgebern erschwert, mit illegalen Werkverträgen arbeitsrechtliche Schutzstandards zu umgehen.

### Gerechtere und sichere Renten

Mit der Rente nach 45 Beitragsjahren können langjährig Versicherte früher in Rente gehen. Dank Mütterrente werden Zeiten der Kindererziehung besser angerechnet. Zudem hat die Koalition die Erwerbsminderungsrente erhöht und sorgt für gleiche Renten in Ost und West. Die Betriebsrente soll gestärkt werden. Außerdem setzt sich die SPD-Fraktion weiter für eine solidarische Lebensleistungsrente ein: Menschen, die ihr Leben lang in die Rente einzahlen, müssen mehr bekommen als nur die Grundsicherung.

## Gleiche Chancen

**Sozialdemokraten stehen für ein freies und vielfältiges Land, in dem alle Menschen gleiche Chancen haben, ihr Leben so zu leben, wie sie es sich wünschen. Gleiche Rechte und Teilhabe an Bildung und Arbeit müssen gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg möglich machen.**

### Gleiche Bildungschancen

Gleiche Aufstiegschancen für alle sind ein sozialdemokratisches Kernanliegen. Deshalb wird der Bund nach dem Wegfall des Kooperationsverbotes wieder mehr in die Bildungsinfrastruktur von Ländern und Kommunen investieren. Im ersten Schritt stellt die Koalition 3,5 Milliarden Euro zur Sanierung von Schulen und Sporthallen bereit. Zudem steuert der Bund allein in dieser Wahlperiode 4,1 Milliarden Euro für Krippen und Kitas bei. Weitere Maßnahmen für mehr Chancengleichheit: die Erhöhung des BAföG und die Förderung von Studienplätzen sowie von beruflichem Aufstieg durch Weiterbildung.

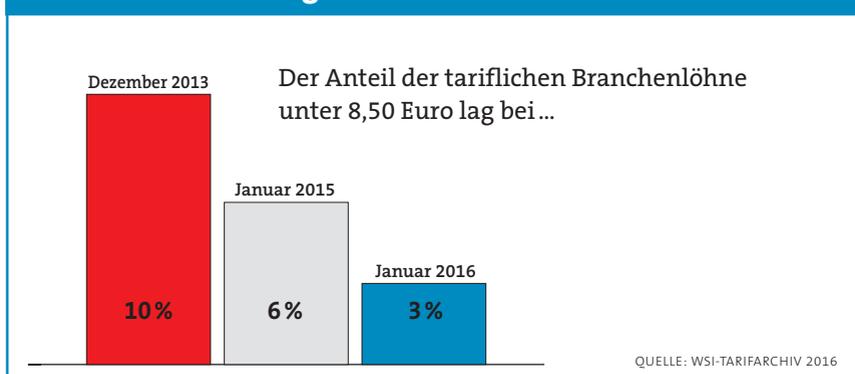
### Gleiche Chancen für Frauen

Mit der Frauenquote hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, dass bei der Besetzung von Top-Jobs die Qualifikation zählt und nicht das Geschlecht. Mit dem Lohngleichheitsgesetz soll die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen bekämpft werden.

### Chancen durch Integration schaffen

Spracherwerb und Arbeit sind die Schlüssel für gelungene Integration. Deshalb hat die Koalition für ankommende Flüchtlinge einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen. Geduldete Azubis erhalten eine Duldung für die gesamte Dauer der Ausbil-

## Kaum noch niedrige Tariflöhne



derung. Wenn sich eine Beschäftigung anschließt, wird das Aufenthaltsrecht für weitere zwei Jahre verlängert. Die Länder können die Vorrangprüfung befristet für drei Jahre aussetzen. Zudem schafft die Koalition für Schutzsuchende 100.000 gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten. Das Kursangebot für Sprachunterricht wird ausgeweitet.

### Inklusion durch gleiche Chancen

Mit dem Bundesteilhabegesetz will die SPD-Fraktion Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Es steht für einen Systemwechsel, indem es die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe ausgliedert. Die Person mit ihrem individuellen Bedarf rückt in den Mittelpunkt. Zudem hat die Koalition mit der Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes die Regeln zur Barrierefreiheit in Bundesbehörden verbessert.

## Verlässlicher Staat

**Die SPD-Fraktion steht für einen verlässlichen, modernen und handlungsfähigen Staat, der auch in Zeiten des Wandels soziale und öffentliche Sicherheit für alle garantiert und der gerecht finanziert ist.**



### In Sicherheit leben

Die Menschen in Deutschland sollen sicher sein und sich sicher fühlen. Mit mehr Polizei, einem starken Rechtsstaat und Prävention erhöht die Koalition den Schutz vor Terror und Kriminalität, um unsere Freiheit zu verteidigen. In einem ersten Schritt hat die SPD-Fraktion deshalb 4.300 neue Stellen bei der Bundespolizei durchgesetzt und für mehr Personal beim Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz gesorgt. Zudem sollen Bund und Länder insgesamt 15.000 neue Stellen bei der Polizei schaffen.

### Starke Kommunen

Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas oder Schwimmbäder bereitstellen. Deshalb entlastet die Koalition Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe: Der Bund übernimmt die Kosten für die Grundsi-

cherung im Alter und bei Erwerbsminderung komplett, entlastet die Kommunen bei den Sozialausgaben und unterstützt sie beim Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern. Dazu stärkt der Bund gezielt die Investitionskraft finanzschwacher Kommunen mit einem kommunalen Investitionsfonds.

## Gutes Leben

**Politik muss die Alltagsorgen der Menschen ernst nehmen. Die Ziele der SPD-Fraktion: eine intakte Umwelt, lebenswerte Städte, Dörfer und Quartiere, bezahlbare Wohnungen, verlässliche und kostengünstige Mobilität sowie eine gute Gesundheitsversorgung für alle.**

### Mehr Zeit für Familie

Mit dem ElterngeldPlus können Eltern bei Teilzeitarbeit doppelt so lange Elterngeld beziehen (bis zu 28 Monate). Wenn Mütter und Väter parallel 25 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten beide das ElterngeldPlus für weitere vier Monate (Partnerschaftsbonus).

Außerdem können Eltern zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag des Kindes 24 Monate Elternzeit nehmen und die Elternzeit flexibler aufteilen. Weitere Entlastungen bringen die Erhöhungen des Kindergeldes, des steuerlichen Kinderfreibetrags und des Kinderzuschlags.

Auch pflegende Angehörige bekommen seit Januar 2015 mehr Flexibilität und mehr Rechte. Bei einem akut eintretenden Pflegefall können sie eine zehntägige Auszeit nehmen – und erhalten ein Pflegeunterstützungsgeld. Für längere Auszeiten haben sie einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit: Angehörige können bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren. Dazu haben die Betroffenen Anspruch auf ein zinsloses Darlehen.

Zudem hat die Koalition den steuerlichen Freibetrag für Alleinerziehende erhöht. Als nächstes soll der Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr ausgeweitet werden. Damit springt der Staat ein, wenn Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils ganz oder teilweise ausbleiben.

### Bezahlbares Wohnen

Mietprelsbremse, höheres Wohngeld und mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau sorgen dafür, dass gutes Wohnen nicht zum Luxusgut wird. Die Bundesmittel, die die Länder für die soziale Wohnraumförderung erhalten, hat die Koalition deshalb 2016 auf mehr als 1 Milliarde Euro verdoppelt. Ab 2017 steigen sie auf 1,5 Milliarden Euro. Zudem hat die Koalition die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro jährlich erhöht.



### Gesund bleiben

Vorsorge und eine gute medizinische Versorgung dürfen keine Frage des Einkommens oder des Wohnortes sein. In Regionen, die ärztlich unterversorgt sind, haben Patientinnen und Patienten deshalb künftig vereinfachten Zugang zur ambulanten Behandlung in Krankenhäusern. Außerdem werden in überversorgten Gebieten Praxen nur dann nachbesetzt, wenn dies für die Versorgung der Patienten sinnvoll ist. Die Krankenhausreform sorgt dafür, dass künftig mehr Geld für jene Krankenhäuser zur Verfügung steht, die in ihr Pflegepersonal investieren und es anständig bezahlen.

### Gute Pflege

Menschen wollen ihren Lebensabend in ihrer gewohnten Umgebung verbringen. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt sie und ihre Angehörigen dabei. Seit Januar 2015 erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte werden entlastet. Dafür steigen die Leistungsbeträge um vier Prozent. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden flexibilisiert, Demenzerkrankte besser unterstützt. Durch den neuen Pflegebegriff erhalten 500.000 Menschen zusätzlich Ansprüche auf Leistungen der Pflegeversicherung.

### Starke Wirtschaft

Um die Chancen der Digitalisierung der Wirtschaft besser zu nutzen, hat die Koalition die Mittel für Förderprogramme deutlich erhöht und Kompetenzzentren insbesondere für den Mittelstand geschaffen. Die Bedingungen für junge, innovative Unternehmen wurden konsequent verbessert, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung mit Wagniskapital.

Zudem hat die SPD-Fraktion Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel ergriffen. Dank dem Ausbau der Kinderbetreuung und der Förderung von flexiblen Arbeitszeiten haben es Eltern leichter, Familie und Beruf zu vereinbaren. Qualifizierte Fachkräfte aus dem

Ausland sollen gezielt für den deutschen Arbeitsmarkt gewonnen werden.

Zentral für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind Investitionen in die Zukunft des Landes. Bis 2020 stehen etwa für den Breitbandausbau sowie für Förderprogramme für die Mikroelektronik insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro bereit.

### Planbare Energiewende

Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat die Koalition einen ersten Schritt zu mehr Planbarkeit in der Energiewende gemacht. Dazu gehören verlässliche Ausbaupfade für die erneuerbaren Energien ebenso wie die Entschärfung der Strompreisdynamik. Außerdem wurde der Wechsel von der staatlich festgelegten Preissteuerung hin zu einer Mengensteuerung und Preisbildung über wettbewerbliche Ausschreibungen vollzogen. Damit kann der Ausbau der Stromnetze mit dem Ausbau der Erneuerbaren künftig Schritt halten. ■

**GESAGT  
GETAN  
GERECHT**

BILANZ 2013 – 2016

SPD  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Weitere Infos und die Bilanzbroschüre der SPD-Bundestagsfraktion unter:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



## »Von Anfang an waren wir der Motor der Koalition«

**SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann zieht eine positive Bilanz zur Arbeit der SPD-Fraktion in der Koalition. Für ihn kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Im Interview spricht er darüber, was die Sozialdemokraten für 2017 planen.**

**Die Legislaturperiode befindet sich in ihrem letzten Jahr. Wie fällt Ihre bisherige Bilanz zur Arbeit der Großen Koalition aus?**

Sehr gut. Es gibt immer ein Delta zwischen dem, womit eine Partei im Wahlkampf geworben hat, und dem, was eine Fraktion in einer Koalition davon umsetzen konnte. Für die SPD-Fraktion gilt in dieser Koalition: Noch nie war das Delta so klein. Von Anfang an war die SPD-Bundestagsfraktion Motor der Koalition, hat die großen und entscheidenden Vorhaben bestimmt und durchgesetzt. Mit dem Ergebnis bin ich äußerst zufrieden. Das soll allerdings nicht bedeuten, dass wir in den kommenden Monaten die Hände in den Schoß legen werden. Wir haben noch einiges vor und werden hart dafür arbeiten, das auch umzusetzen.

„Wir haben die großen Vorhaben in der Koalition bestimmt“

**Welche Gesetze würden Sie besonders hervorheben?**

Natürlich den Mindestlohn. Ein Jahrzehnt Überzeugungsarbeit dafür hat sich gelohnt. Alle Experten, die vorher Zeter und Mordio geschrien haben, sind widerlegt. Der Mindestlohn hat weder Arbeitsplätze gekostet noch der Wirtschaft geschadet. Im Gegenteil: Für Millionen war es die größte Lohn-

erhöhung jemals, und insgesamt hat er mehr Wohlstand gebracht. Aber auch andere Gesetze sind besonders wichtig: das Bundesteilhabegesetz, die Rentenreformen, die Frauenförderung und vieles andere mehr. Wir haben gute Arbeit gemacht.

**Dennoch scheint in Deutschland die Unzufriedenheit über die Politik insgesamt zu wachsen. Wie passt das mit Ihrer positiven Bilanz der letzten Jahre zusammen?**

Vertrauen ist die Grundwährung der Politik. Und das ist zweimal in den vergangenen sieben Jahren empfindlich gestört worden. Erstens in der Finanzkrise: Die Menschen hatten das Gefühl, der Staat ist nicht in der Lage, ihr mühsam erarbeitetes Vermögen gegen gie-

„Wir müssen das Vertrauen in die Politik mit solider Arbeit zurückgewinnen“

rige Finanzjongleure der großen Banken zu schützen.

Zweitens in der Flüchtlingskrise, als der Eindruck aufkam, der Staat habe die Sache nicht im Griff. Beides hat ein Misstrauen in den Staat und seine Institutionen hervorgerufen, das nur sehr langsam wieder in Vertrauen verwandelt werden kann.

**Was kann die Politik tun, um bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Vertrauen zu gewinnen?**

Vertrauen wächst langsam. Wir müssen es mit solider Arbeit und einer Politik, deren Erfolg die Menschen auch spüren, zurückgewinnen. Und wir müssen denen, die mit Hass, Hetze und populistischen Parolen Misstrauen säen, entschieden entgegentreten. Von solchen Leuten ist nichts zu erwarten, schon gar keine Verbesserungen.

**Mit ihrem Projekt Zukunft hat die SPD-Fraktion den Dialog mit der Gesellschaft gesucht. Dass Politiker mit Fachleuten, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern sprechen, ist noch nichts Besonderes. Was haben Sie beim Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit anders gemacht?**

Wir haben keine Thesen vorgetragen, sondern Fragen gestellt, auf die wir von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Antworten bekommen haben. Wichtige Ergebnisse waren unter anderem ein neues Sozialversicherungssystem für Selbstständige, der Ausbau von Ganztagschulen und das Modell für ein Einwanderungsgesetz.

**Der Titel des Projekts lautet „Neue Gerechtigkeit“. Was genau ist damit gemeint?**

„Beim Projekt Zukunft haben wir keine Thesen vorgetragen, sondern Fragen gestellt“

Gerechtigkeit ist das Kernanliegen der Sozialdemokratie. Was aber als gerecht oder ungerecht empfunden wird, unterliegt auch dem gesellschaftlichen Wandel. Heute werden Gerechtigkeitsfragen anders gestellt als vor 30 oder 50 Jahren. Zum Beispiel die Frage, wie wir die wachsende Gruppe der Solo-Selbständigen vernünftig absichern können.

Oder wie wir die Digitalisierung sozial ausgestalten. Wir müssen auch diskutieren, wie wir den demografischen Wandel gestalten. Dabei stehen ganz

„Wir müssen diskutieren, wie wir den demografischen Wandel gestalten können“

praktische Aspekte im Fokus: Wie können wir die Mobilität der Menschen im ländlichen Raum verbessern, wie können wir durch gesteuerte Zuwanderung sicherstellen, dass unser Wohlstand erhalten bleibt, und wie können wir sicherstellen, dass jedem Einzelnen der Zugang zu einer individuell angemessenen Bildung ermöglicht wird?

Ein weiterer Aspekt ist, wie wir Erleichterungen für Arbeitende schaffen, die ihnen eine bessere Balance zwischen Berufs- und Familienleben ermöglichen. All das erfordert, dass wir Gerechtigkeit immer wieder neu denken müssen.

**Wie fällt Ihr Fazit zu den einzelnen Projektgruppen aus?**

Alle Projektgruppen haben hervorragende Arbeit geleistet. Bei unserer Abschlussveranstaltung Ende November konnte jeder sehen, wie sinnvoll eine Zusammenarbeit mit den Menschen außerhalb des Parlaments ist. Viele wollen sich an der konkreten politischen Arbeit beteiligen. Wir haben das ermöglicht und die guten Ergebnisse geben uns Recht.

**Wie sehen diese Ergebnisse konkret aus? Und was hat die SPD-Bundestagsfraktion mit ihnen vor?**

Wir haben den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes vorgelegt, Vorschläge für eine bessere soziale Absicherung von Solo-Selbständigen gemacht, Ideen für eine neue Zeitpolitik und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Engagement und Familie entwickelt – um nur einige wenige Ergebnisse zu nennen.

Der nächste Schritt ist, diese in konkrete parlamentarische Initiativen umzumünzen. Dafür werden wir Anträge oder Gesetzesinitiativen entwickeln. Die legen wir dann unserem Koalitionspartner zur Umsetzung vor. Natürlich ist uns klar, dass die Union nicht



Thomas Oppermann bei der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion.

überall mitziehen wird. Aber was in dieser Legislaturperiode am Koalitionspartner scheitert, kommt nach den Wahlen wieder aufs Tableau. Da werden wir hartnäckig bleiben.

**Was können die Menschen in der ersten Jahreshälfte von der Koalition noch erwarten? Welche konkreten Projekte und Gesetze sind noch in der Planung?**

Es gibt noch eine ganze Menge, was wir vor der Bundestagswahl erreichen wollen. Um nur ein paar Dinge zu nennen: Wir wollen das Gesetz zur Entgeltgleichheit durchs Parlament bringen und auch das Recht zur Rückkehr in

Vollzeit durchsetzen. Im Rentenbereich müssen wir noch weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und auch die Rentenangleichung Ost-West beschließen. Die Aufhebung des Kooperationsverbots im Schulbereich steht ebenfalls noch an. Darauf haben wir als Fraktion lange hingearbeitet, damit der Bund endlich helfen kann, wenn finanzschwache Kommunen keine Mittel mehr haben, um Schulen anständig auszustatten.

Außerdem haben wir im Koalitionsvertrag wichtige Vereinbarungen für einen besseren Mieterschutz getroffen. Nachdem wir die Mietpreisbremse umgesetzt haben, will die Union jetzt von den weiteren Verabredungen nichts mehr wissen. Wir werden sie mit gebührendem Nachdruck daran erinnern. ■

„Es gibt noch eine ganze Menge, was wir vor der Bundestagswahl erreichen wollen“

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



Zukunftsgespräch: Thomas Oppermann in der Diskussion mit der Gründerin Katja Urbatsch und dem Profifußballer Neven Subotic.

**Zur Person**

Thomas Oppermann (62) ist seit Dezember 2013 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Zuvor war der Jurist zwischen 2007 und 2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Seine politische Karriere hat Thomas Oppermann in Niedersachsen begonnen, wo der ehemalige Richter 15 Jahre lang Mitglied des Landtages war.

Von 1998 bis 2005 war er Minister für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen. ■

# #NeueGerechtigkeit: Zukunft gestalten

Die SPD-Bundestagsfraktion denkt voraus. Um die Digitalisierung, den demografischen Wandel und die Globalisierung gerecht zu gestalten, haben die Sozialdemokraten das „Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit“ ins Leben gerufen. Sechs Projektgruppen haben Antworten auf die Fragen von morgen erarbeitet – im engen Dialog mit Fachleuten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

## Neue Zeiten: Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel



Die Menschen sollen ihre individuellen Vorstellungen von Familie und Beruf verwirklichen.

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass alle – Frauen und Männer, Selbständige und abhängig Beschäftigte – die Möglichkeit haben, ihre individuellen Vorstellungen von Familie und Beruf sowie privatem und bürgerschaftlichem Engagement besser zu verwirklichen. Deshalb will die SPD-Fraktion:

### ... variablere Arbeitszeitmodelle ermöglichen.

Das gibt den Menschen mehr Zeitsouveränität und zusätzliche Möglichkeiten, ihre persönlichen Vorstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu persönlichen Aktivitäten und bürgerschaftlichem Engagement zu verwirklichen.

### ... das Sorgen für Angehörige gezielt unterstützen.

Das Sorgen für Kinder oder die Pflege von Angehörigen soll partnerschaftlich geteilt werden können. Die Möglichkeit, selbst für die Nächsten zu sorgen, darf nicht vom Geldbeutel abhängen und ist auch nicht nur Sache eines Geschlechts.

### ... (Solo-)Selbständige sozial besser absichern.

Die Sozialdemokraten wollen sie bei ihren Beiträgen zur Krankenversicherung entlasten und sie in die Rentenversicherung einbeziehen. ■

## Neue Chancen: Aufstieg durch Bildung und Arbeit

Das sozialdemokratische Versprechen, durch Bildung gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg zu erreichen, braucht neue Impulse.

#NeueGerechtigkeit bedeutet, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Potenziale zu entfalten und ihr

Leben selbstbestimmt zu führen. Deshalb will die SPD-Fraktion:

### ... Kitas bis 2025 für alle Kinder ab einem Jahr beitragsfrei machen.

Dazu gehört es, hohe Qualitätsstandards für Kitas durchsetzen. Der Erzieherberuf muss attraktiver werden, um die menschlich und fachlich Besten für das Berufsfeld zu gewinnen. Das Ziel: gleiche Chancen beim Start in das Leben.

### ... eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen.

Berufliche und akademische Bildung sollen gleich wertgeschätzt und beide Bildungsbereiche besser miteinander verbunden werden. So erhalten alle jungen Menschen die Chance zum Einstieg ins Erwerbsleben und zu einem beruflichen Aufstieg.

### ... eine Kultur neuer Chancen etablieren.

Erwachsene ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss müssen die Möglichkeit haben, diesen nachzuholen. Die SPD-Fraktion will die Zugänge zu berufsbegleitender Weiterbildung und Qualifizierung verbessern. So profitieren alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von wirtschaftlichem Fortschritt und digitalem Wandel. ■



Berufliche und akademische Bildung verdienen die gleiche Wertschätzung.



Für Wohlstand und Arbeitsplätze: Innovationen sollen allen Menschen zugute kommen.

## Neue Erfolge: Vorsprung durch Innovation

#NeueGerechtigkeit bedeutet, neue Ideen und Innovationen zu fördern, die allen zugutekommen und zu nachhaltigem gesellschaftlichen Fortschritt führen – für breiten Wohlstand, neue Arbeitsplätze, eine intakte Umwelt und ein gutes Leben. Deshalb will die SPD-Fraktion:

### ... soziale Innovationen fördern.

Denn auch neue Geschäftsmodelle, Verfahren und Lösungsstrategien können dem Wohl der Menschen dienen – und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen, von der Wirtschaft über das Arbeitsleben bis hin zum Umweltschutz.

### ... Gründungen besser unterstützen.

Die SPD-Fraktion setzt auf die Innovationskraft von Startups und kleinen und mittleren Unternehmen. Hierfür müssen diese Unternehmen stärker und unbürokratisch gefördert werden. Dazu gehört die steuerliche Forschungsförderung.

### ... mehr Geld in Forschung und Entwicklung investieren.

Um auch weiterhin ein innovatives Land zu sein, wollen die Sozialdemokraten im Jahr 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung bereitstellen. Denn mehr Mittel für Innovationen bringen mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlstand und mehr Steuereinnahmen. ■



Die SPD-Fraktion will eine wohnortnahe Versorgungsstruktur, auch auf dem Land.

## Neuer Zusammenhalt: Gleichwertige Lebensverhältnisse

Junge Menschen zieht es zunehmend in die Großstädte, während in den ländlichen Räumen immer weniger Menschen wohnen. Dort geraten Daseinsvorsorgeeinrichtungen wie der öffentliche Nahverkehr, Schulen und Kindertagesstätten unter Finanzierungsdruck. Ärzte, Apotheken und Einkaufsmöglichkeiten wandern ab. #NeueGerechtigkeit bedeutet, dass wir uns nicht spalten lassen in starke und schwache Regionen, in reiche Ballungszentren und arme ländliche Räume. Deshalb will die SPD-Fraktion:

### ... neue Formen der Mobilität stärker unterstützen.

Dazu gehört eine verbesserte Verzahnung des öffentlichen Nahverkehrs

mit alternativen Angeboten, wie beispielsweise Carsharing.

### ... die Nahversorgung in ländlichen Räumen sichern.

Eine wohnortnahe Versorgungsstruktur bedeutet, auch in sehr dünn besiedelten Räumen neue, auch digitale Organisationsformen zu unterstützen. Bis 2025 sollen mehr als 90 Prozent der Haushalte in Deutschland mit leistungs- und ausbaufähigen Glasfasernetzen versorgt werden.

### ... auch kleinere Betriebe in ländlichen Regionen besser fördern.

Die verschiedenen Förderprogramme des Bundes sollen unter einem oder einer Beauftragten für regionale Entwicklung harmonisiert und enger miteinander verzahnt werden. ■

## Neues Miteinander: Einwanderungsland Deutschland

Ohne Einwanderung wäre Deutschland wirtschaftlich und kulturell ärmer. #NeueGerechtigkeit bedeutet, umfassende und moderne Regelungen des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft zu schaffen – durch ein neues Einwanderungsgesetz und mehr Teilhabe aller Menschen, die sich mit den Werten des Grundgesetzes identifizieren. Deshalb will die SPD-Fraktion:

### ... Einwanderung steuern und gestalten.

Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe der Welt müssen wir es qualifizierten Fachkräften erleichtern, nach Deutschland einzuwandern. Neben der Mobilisierung und Qualifizierung der hier lebenden Menschen ist das der beste Weg, den Herausforderungen des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels zu begegnen.

### ... das gesellschaftliche Miteinander festigen.

Dafür braucht es massive Investitionen – in Bildung, den Arbeitsmarkt und im Gesundheitsbereich. Damit alle hier lebenden Menschen die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben haben, müssen die Antidiskriminierungspolitik gestärkt und gesellschaftliche Teilhabe an demokratischen Prozessen ermöglicht werden – zum Beispiel durch die Einführung eines Kommunalwahlrechts für Menschen aus Nicht-EU-Staaten.

### ... die Chancen einer vielfältigen Gesellschaft nutzen.

Die Sozialdemokraten sehen kulturelle und religiöse Vielfalt als Chance für Deutschland. Das Grundgesetz ist ihr Leitbild bei der Gestaltung eines neuen gesellschaftlichen Miteinanders. ■



Kulturelle und religiöse Vielfalt als Chance für unsere Gesellschaft sehen.

## Neue Lebensqualität: Morgen gut leben



Gesunde und nachhaltige Ernährung darf nicht vom sozialen Status abhängen.

Ein gutes Leben hat viele Seiten. #NeueGerechtigkeit bedeutet, dass Gesundheit, Wohnen in einem Umfeld mit hoher Lebensqualität sowie eine gesunde und nachhaltige Ernährung nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Deshalb will die SPD-Fraktion:

### ... Gesundheit besser fördern und Prävention stärken.

Kommunen müssen dabei unterstützt werden, sich überall zu gesundheitsförderlichen Lebenswelten zu entwickeln. Damit Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien stärker von den Präventionsangeboten profitieren können, wollen die Sozialdemokraten die Gesundheits- und Familienpolitik stärker miteinander verknüpfen.

### ... eine nachhaltige Landwirtschaft und transparente Lebensmittel.

Landwirtschaftliche Betriebe sollen mehr Unterstützung bekommen, wenn sie umweltschonend produzieren und den Tierschutz maßgeblich beachten. Gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel brauchen eine verlässliche Kennzeichnung. Die Ernährungsbildung und eine gesunde Schul- und Kitaverpflegung will die SPD-Fraktion stärker fördern.

### ... die soziale Quartiersentwicklung stärken.

Das Ziel: gute und vielfältige Nachbarschaften. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen selbst an der Entwicklung ihres Lebensumfeldes beteiligt werden. Deshalb sollen Räume und Personen gefördert werden, die ein Miteinander im Quartier unterstützen, wie z. B. Stadteilzentren oder Quartiersmanager. ■



Weitere Infos und die Ergebnisbroschüre zum Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit unter:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Vorgestellt



Bernd Westphal

„Gute Arbeit – das bedeutet, dass Arbeit zufrieden und nicht krank macht“, sagt Bernd Westphal. Als langjähriger Gewerkschaftssekretär bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) muss er es wissen. Seit 2013 vertritt Westphal den Wahlkreis Hildesheim im Deutschen Bundestag. Hier kümmert sich der gelernte Chemielaborant vor allem um Themen der Wirtschafts- und Energiepolitik. Er sitzt für die SPD-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und ist stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss. Seit September 2015 ist Bernd Westphal wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. ■



Dagmar Ziegler

Ihr politisches Engagement begann Dagmar Ziegler im Jahr 1990, als sie in Lenzen an der Elbe den ersten SPD-Ortsverein gründete. Von dort aus ging es zunächst in die Landes- und später in die Bundespolitik: Bürgermeisterin, Landtagsabgeordnete, Ministerin in Brandenburg. 2009 folgte der Einzug in den Bundestag für den Wahlkreis Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland. Die Diplomfinanzökonomin war zwischen 2009 und 2013 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen, Jugend, Bildung und Aufbau Ost. Seit 2013 ist sie eine von vier Parlamentarischen Geschäftsführerinnen der SPD-Fraktion. ■

# Für eine verlässlich gute Rente

Die Koalition hat sich auf verschiedene Maßnahmen und Verbesserungen im Bereich der Rente geeinigt. Die SPD-Fraktion will mehr.

Sich nach einem langen Arbeitsleben auf eine gute Altersversorgung verlassen zu können – das ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaates. Damit dieses Versprechen auch in Zukunft gilt, müssen wir unser System der Alterssicherung allerdings an sich verändernde Rahmenbedingungen anpassen. Die Sozialdemokraten haben im Koalitionsausschuss deshalb jetzt weitere Verbesserungen bei der Rente durchgesetzt.

Dabei geht es zum einen um die Erwerbsminderungsrente: Hier soll die Zurechnungszeit stufenweise bis 2024 von heute 62 Jahre auf 65 Jahre verlängert werden. Erwerbsgeminderte werden bei der Rente dann so gestellt, als ob sie mit ihrem bisherigen durchschnittlichen Einkommen bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet hätten. Dies führt zu einer spürbaren Anhebung der Renten für Erwerbsgeminderte und ist ein entscheidender Schritt gegen Altersarmut.

## Ost-West Angleichung kommt

Außerdem wird es eine gesetzlich geregelte vollständige Angleichung der Renten in Ost und West geben. Dazu soll der Rentenwert Ost bis 2025 in mehreren Schritten auf das Westniveau angehoben werden. Im Ergebnis



Das Ziel der SPD-Fraktion: Nach einem langen Arbeitsleben müssen sich die Menschen auf eine gute Versorgung im Alter verlassen können.

wird es dann keine Unterschiede mehr bei der Rentenberechnung in den alten und neuen Bundesländern geben.

## SPD-Fraktion will Solidarrente

Die Sozialdemokraten setzen sich zudem weiterhin für eine Solidarrente ein. Denn wer sein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter über mehr verfügen als die Grundsicherung. Leider sperrt sich die Union weiterhin gegen die Einführung einer Solidarrente. „Wir haben dies im Koalitionsvertrag mit der Union vereinbart und werden nicht nachlassen, hierfür zu kämpfen“,

sagt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt zudem das von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgeschlagene Gesamtkonzept für eine zukunftssteife Alterssicherung. Das Konzept sieht unter anderem eine doppelte Haltelinie bei Rentenniveau und Beitragssatz vor. Neben der gesetzlichen Rente soll auch die Betriebsrente gestärkt werden: unter anderem durch Steuerzuschüsse für Geringverdiener und Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen. ■

## Im Dialog mit Betriebs- und Personalräten

Unter dem Motto „Alterssicherung – sicher und gerecht gestalten“ hat die SPD-Bundestagsfraktion Ende November mit rund 300 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland über die Zukunft der Rente diskutiert. Die Konferenz fand wenige Tage nach der Vorstellung des Gesamtkonzeptes zur Alterssicherung von Bundessozialministerin Andrea Nahles statt.

„Für die SPD ist die Rente eines der zentralen Zukunftsthemen“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast. Die Betriebs- und Personalräte hätten das Ohr direkt bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. „Der Austausch mit ih-

nen ist uns besonders wichtig.“ Die Rente sei die tragende Säule unseres Sozialstaates, sagte Mast. „Deshalb ist es wichtig, gemeinsam an ihrer Zukunft zu arbeiten und das Vertrauen in sie zu stärken.“

## Zukunft der Rente

Gemeinsam mit Bundessozialministerin Andrea Nahles, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann und der Direktorin der Deutschen Rentenversicherung Bund Gundula Roßbach diskutierten die Betriebs- und Personalräte die Zukunftsfragen der Alterssicherung. Die Herausforderung: Diejenigen, die das solidarische Ren-

tensystem mit ihren Beiträgen über Jahre getragen haben, müssen sich im Alter darauf verlassen können. Gleichzeitig gilt, dass dieses System gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – auch zukünftige Generationen – bezahlbar bleiben muss.

Katja Mast sagt dazu: „Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Doppelte Haltelinie, keine generelle Erhöhung des Renteneintrittsalters und wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss mehr haben, als derjenige, der nicht gearbeitet hat.“ ■

## Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 06. Dezember 2016

Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankfurter Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de)

– per Fax: 030/22756800